

ARBEITERPAKT FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT IN PALÄSTINA UND ISRAEL



Der IGB-Weltkongress in Vancouver hat eine EntschlieÙung über Demokratie, Frieden, Sicherheit und die Rolle der Vereinten Nationen verabschiedet, die einen klaren Weg in Richtung auf einen umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage einer sicheren Koexistenz zweier souveräner, unabhängiger und existenzfähiger Staaten aufzeichnet.

Wir verpflichten uns daher zu einem Arbeiterpakt für Frieden und Gerechtigkeit für Palästina und Israel, basierend auf der IGB-EntschlieÙung von Vancouver, sowie zu Gewerkschaftsmaßnahmen zur Inkraftsetzung dieses Paktes durch:

EINTRITT FÜR EINE ZWEI-STAATEN-LÖSUNG

Einen Dialog mit den Regierungen in aller Welt, um:

- die sogenannte “Roadmap”, den Fahrplan, einzuhalten und dafür zu sorgen, dass die Notwendigkeit zweier Staaten für zwei Völker sowie das Recht aller Palästinenser und Israelis auf ein Leben in Sicherheit, innerhalb sicherer Grenzen und ohne Besatzungsmacht anerkannt werden; und
- den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Abbas und seine Regierung in ihrer Forderung nach einer Beendigung des Siedlungsbaus und nach der Wiederaufnahme konkreter Friedensgespräche zu unterstützen und die für ein gerechtes Ergebnis erforderliche Solidarität zuzusagen.
- Die Unterstützung und Mitwirkung an einer vom IGB organisierten Friedens- und Entwicklungskonferenz in Palästina; und
- Die Unterstützung und Förderung der Bemühungen der PGFTU (Palästina) und Histadrut (Israel) des um Frieden, Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte.



AUFBAU DES PALÄSTINENSISCHEN STAATES

- Menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz sind von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Wirtschaft. Hunderttausende palästinensische Beschäftigte können unter den derzeitigen Bedingungen keine Arbeit finden, was zu weitverbreiteter Verzweiflung und Desillusion führt. Umgehende Maßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten für sie sind somit eine Priorität. Der IGB wird daher:
- die technische Unterstützung der IAO für die Palästinensische Autonomiebehörde untermauern, damit sie ihre Zusage hinsichtlich der Einführung von Arbeitsgesetzen im Einklang mit den Übereinkommen 87 und 98, eines Sozialschutzgesetzes, eines Gesetzes bezüglich einer Arbeitsagentur sowie eines Gesetzes zur Stärkung von Genossenschaften einhalten kann;
- dem PGFTU bei den Verhandlungen über diese Gesetze Rechtsberatung anbieten;
- bei den Regierungen und gegenüber dem privaten Sektor dafür eintreten, dass sie in Schlüsselindustrien investieren, um die Beschäftigung anzukurbeln, u.a. im Baugewerbe, im Fremdenverkehr, in der Landwirtschaft, in Wertschöpfungsindustrien und im öffentlichen Dienst. In diesem Zusammenhang werden die Mitgliedsorganisationen den Palästina-Fonds der IAO für Beschäftigung und sozialen Schutz unterstützen;
- mit Unterstützung von Gebern Qualifizierungsprogramme zum Kapazitätenausbau der palästinensischen Beschäftigten durchführen;
- mit Arbeitgebern zusammenarbeiten, um bezüglich des Privatsektors zu dem Verständnis zu gelangen, dass Wirtschaftswachstum und Stabilität eine unabhängige Wirtschaft erfordern, inklusive privater Unternehmen; und
- auf die Bitte der Palästinensischen Autonomiebehörde um die Förderung von Fremdenverkehrsangeboten der Gewerkschaften reagieren.
- 2011 muss ein Jahr aktiver Bemühungen um Frieden zwischen Israel und Palästina sein. Die Mitgliedsorganisationen des IGB bekunden mit ihrer Unterstützung internationaler Solidaritätsaktionen zugunsten dieses Paktes für Frieden und Gerechtigkeit ihre gemeinsame Verpflichtung zu Sicherheit, Frieden, Demokratie und Chancen für künftige Generationen palästinensischer und israelischer Beschäftigter und ihrer Familien.